

Diese Initiative kommt genau im richtigen Zeitpunkt

*SP-Nationalrat Hans Widmer, Präsident
des Luzerner Gewerkschaftsbundes (LGB)*

Eine erste Feststellung: Die Initiative der JUSO, die endlich gerechte Stipendien auch im Kanton Luzern verlangt, ist genau im richtigen Zeitpunkt abstimmungsreif; in einer Zeit nämlich, da praktisch überall nur abgebaut, kaum jedoch mehr irgendwo vorwärts geschaut, also unsere Zukunft gestaltet wird. Ein Mittel der direkten Demokratie - das beweisen diese jungen Initiantinnen und Initianten mit ihrem Volksbegehren - wird in unserem Kanton endlich wieder einmal eingesetzt, wenn es darum geht, sich für eine Idee zu engagieren, und nicht, um gegen eine Vorlage Front zu machen. Und spätestens, seit im Luzerner Grossen Rat die Kantonsbeiträge an die kommunalen Musikschulen gestrichen worden sind, sollte eigentlich überall klar geworden sein, welcher bildungspolitische Wind hier weht. Diese Initiative erhebt allerdings eine

Forderung, die eigentlich längst auch bei uns verwirklicht sein sollte. Sie verlangt Chancengleichheit – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Eine zweite Feststellung: Die Initiative kommt auch darum im richtigen Zeitpunkt zur Abstimmung, weil zurzeit auf Bundesebene die «Hochschullandschaft Schweiz» gestaltet wird, die ab dem Jahr 2008 funktionieren soll. Eines ihrer Merkmale ist die sogenannte Portfoliobereinigung. Deren Ziel ist es, bestimmte Studienrichtungen auf bestimmte Universitäten zu konzentrieren, andernorts hingegen abzuschaffen. Was auch immer im einzelnen die genauen Resultate dieser Portfoliobereinigung sein werden: Sicher ist schon heute, dass von den Studierenden eine höhere Mobilität als heute verlangt werden wird. Das verursacht für viele von ihnen Kosten, Kosten, die sie zuvor nicht hatten, weil sie neu entstehende Wege zu ihren Unis zurücklegen müssen werden. Für viele also wird das Studieren schlichtweg teurer. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der Studiengebühren entweder bereits erhöht worden sind, ihre Erhöhung unmittelbar bevorsteht oder aber in absehbarer Zeit

kommt. Studieren wird also für viele gleich zweimal teurer.

Was mich als Mittelschullehrer, als Gewerkschaftsvertreter und als Bildungspolitiker immer wieder sorgt ist die Tatsache, mit welcher Ignoranz hierzulande bildungspolitischen Anliegen mitunter begegnet wird. Ich höre sie jetzt schon wieder, die Populisten, die diese Initiative mit dem Satz abschmettern: «Wir wollen nicht noch mehr Studenten!» Leider, leider sind solche Sätze noch immer nicht aus den Köpfen vieler Menschen in diesem Lande verschwunden. Wer so redet, geht offensichtlich davon aus, dass es in einer Gesellschaft «zu viel Bildung» geben könne. Und dass sich nur bilden können soll, wer sich dies finanziell leisten kann.

Nein, «zu viel Bildung» kann es nie geben. Weil Bildung nie allein die Vorbereitung auf eine bestimmte Berufsrichtung umfasst, sondern stets auch die Fähigkeit vermittelt, eigenes Handeln in grössere Zusammenhänge zu stellen. Erst recht auch, politische Zusammenhänge zu erkennen und eine aktive Bürgerin oder ein aktiver Bürger zu werden. Und selbstverständlich kann auch unsere

Wirtschaft nur dann innovativ und damit konkurrenzfähig sein und bleiben, wenn sie auf genügend hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte zählen kann. Und von einer leistungsfähigen Wirtschaft profitieren bekanntlich letztlich alle Menschen.

Eignungen und Neigungen sind dem einzelnen Menschen gegeben – oder nicht. Aber unsere Gesellschaft, unser politisches System und vor allem unsere Wirtschaft können es sich schlicht und einfach nicht leisten, dass solche Ressourcen allein deswegen nicht genutzt werden, weil dafür das Geld fehlt. Darum sollte gerade die Wirtschaft diese Initiative aktiv unterstützen!

Auch sollten wir nicht vergessen, dass die EU in den kommenden Jahren die Bildung im grossen Stil fördern wird. Da können wir uns einen diesbezüglichen Stillstand nicht leisten.